

Kompromiß im Streit um Funkmast in Sicht

Brunsbek: Info-Abend glättet Wogen

Von Jens Peter Meier

Brunsbek -

Auf einem gemeindeeigenen Grundstück in Brunsbek möchte ein Mobilfunkunternehmen einen Funkmast bauen, möglicherweise nur 200 Meter entfernt vom Kindergarten. Gegen diese Pläne hat sich eine Initiative gebildet. Während einer Informationsveranstaltung vor 40 Zuhörern im Gemeinschaftshaus konnten die Wogen ein wenig geglättet werden. "Ich sehe jetzt einen gemeinsamen Weg", sagte Joachim Kruse (57), der Sprecher der Initiative Bageus (Brunsbeker Arbeitskreis gegen zusätzlichen Elektrosmog durch UMTS-Sendemast).

Zuvor hatte der Geopathologe Jürgen Kett (47) vor den Gefahren der hochfrequenten Strahlung gewarnt. Sie könne schwere Erkrankungen auslösen, so der Experte für Baubiologie. Zu den Sendern müßten große Sicherheitsabstände eingehalten werden. "Die Grenzwerte in Deutschland sind viel zu hoch", kritisierte er. Aber auch von Haushaltsgeräten wie der Mikrowelle oder dem schnurlosen Telefon gingen erhebliche Belastungen aus. "Die Strahlen dringen durch Wände und Decken", sagte er, "es reicht, wenn ihr Nachbar ein Gerät benutzt."

Bürgermeister Olaf Beber (ABW) stellte in der Diskussion klar, daß die Gemeinde wenig Möglichkeiten habe, das Vorhaben zu verhindern: "Ein Bebauungsplan mit entsprechenden Vorschriften kann nicht aufgestellt werden, weil das Gelände im Außenbereich liegt." Die Gemeindevertreter wollen jetzt in Vertragsverhandlungen das Beste für die Bürger herausholen. Und das ist in erster Linie ein Standort, der so weit wie möglich vom nächsten bewohnten Gebäude entfernt ist.

Mindestens 400 bis 500 Meter Abstand hat der Geopathologe empfohlen. Genaueres könne aber nur ein Gutachter ermitteln. "Genauere Untersuchungen nach einem geeigneten Standort werden erst unternommen, wenn ein Vorvertrag besteht", so Beber. Das ins Auge gefaßte Gelände für einen Funkturm verläuft beiderseits des Brunsteichbachs bis zum Ortsteil Papendorf. Eine Gefahr sei aber, daß das Unternehmen versuche, sich mit einem anderen Grundbesitzer zu einigen, um nicht mit der Gemeinde über größere Abstände verhandeln zu müssen, warnte Beber.

Die Entscheidung über den Vorvertrag zwischen Gemeinde mit dem Mobilfunkunternehmen will die Gemeindevertretung im Dezember fällen.

erschienen am 21. November 2005